

Manuskript**Beitrag: Privat statt Staat – Bürger zahlen drauf****Sendung vom 15. Juli 2008***Von Andreas Halbach, Reinhard Laska und Ulrich Stoll***Anmoderation:**

Es scheint zu den genauso absurden, wie ehernen Gesetzen dieses Landes zu gehören: Wenn irgendwo in Deutschland die öffentliche Hand baut, dann wird es viel, viel, viel teurer als geplant. Und nachher war natürlich niemand Schuld. Den Ausbruch aus diesem teuren Teufelskreis versprach die Zauberformel PPP. Das dreifache P kommt aus dem Englischen und steht für Public Private Partnership, also eine Partnerschaft von Öffentlich und Privat, es baut und zahlt ein Privatunternehmen und verleiht den Bau dann langfristig an den Staat. Für die Kommunen ist bei klammen Kassen dabei besonders verlockend, dass sie ohne Geld bauen lassen und die finanzielle Last einfach in die Zukunft verschieben. Aber, wir ahnen es, die Rechnung holt den Bürger ein. Andreas Halbach, Reinhard Laska und Ulrich Stoll berichten.

Text:

Bis vor kurzem war das ein öffentliches Hallenbad, Eintritt vier Euro. Jetzt kostet es das Dreifache. Die Stadt Bensberg verkaufte das Bad an einen Investor, der nebenan ein Wellnesszentrum betreibt.

***O-Ton Helmut Frühlingsdorf, Seniorenschwimmer:
Jugendliche haben nicht die Möglichkeit, ihren Sport zu betreiben, Vereine können sich nicht mehr ausgiebig dem Schwimmsport widmen. Und letztlich jeder Bürger bis zum Senior, der auch gerne zu seiner Gesundheit und Fitnesserhaltung einen Schwimmsport betreiben möchte, ist quasi auch außen vor.***

Der private Investor hatte zuvor mit der Stadt eine öffentlich-private-Partnerschaft ausgehandelt: Er saniert und betreibt das städtische Bad und die Stadt zahlt dafür 850.000 Euro jährlich, garantiert bis 2015.

Doch dann ging der Kommune das Geld aus und sie verkaufte das Bad zum Schleuderpreis – und zur Freude des Investors.

O-Ton Dr. Peter Baeumle-Courth, B'90/Grüne Bergisch Gladbach:

Das ist aus unserer Sicht ein Beispiel für eine gescheiterte privat-öffentliche Partnerschaft, denn die Stadt, die Bürgerinnen und Bürger haben hiervon überhaupt nichts mehr.

Partnerschaft zu Lasten der Bürger: Frankfurt, Bildungszentrum Ostend. Gebaut hat ein privates Konsortium, die Stadt ist auf Jahrzehnte nur Mieter. Und bekam eine Schule voller Mängel.

In der Pause müssen die Schüler stehen. Der Investor hat die Bänke eingespart.

Das ist die Cafeteria, die täglich über 2000 Schüler mit warmen Mahlzeiten versorgen sollte. Sie steht bis heute leer, weil die Belüftungsanlage fehlt. So müssen sich die Schüler bei einem Imbisswagen im Hof versorgen.

Schon nach drei Jahren Betrieb treten erste Bauschäden auf, wie hier an der Einfahrt zur Tiefgarage. Pappe statt Putz.

Lehrer Jürgen Knippe beklagt auch noch Sicherheitsmängel.

O-Ton Jürgen Knippe, Personalratsvorsitzender Bethmannschule:

Es hieß ja immer, wir haben ausreichend Fluchttreppen, obwohl uns bei internen Übungen klar geworden ist, dass die Schüler sich fast übereinander Haufen rennen, und gebaut worden sind sie dann nach etwa zwei Jahren Nutzung. Das heißt: Zwei Jahre war im Prinzip das Gebäude in einem Zustand, in dem jeder Brand hätte zur Katastrophe führen können, ohne dass man das abgestellt hat.

Und trotzdem: Stadtkämmerer Frank Heudorf rühmt Public Private Partnership. Er kommt auf,

Zitat:

„... eine Einsparung gegenüber herkömmlicher Bau- und Betriebsweise von über 25 % ...“

O-Ton Frank Heudorf, Kämmerei Frankfurt/Main:

Wir sind unterm Strich sehr zufrieden damit, weil wir sowohl von der Qualität des Ergebnisses als auch vom Preis her zufrieden sind und es unsere Ziele erfüllt hat.

Doch die eigene Verwaltung kommt da zu ganz anderen Ergebnissen. Das Frankfurter Revisionsamt stellt fest, ein Eigenbau wäre günstiger gewesen.

Zitat:

„Die ... Wirtschaftlichkeitsberechnung ergibt für die Alternative ‚Eigenbau‘ einen wirtschaftlichen Vorteil von rund 4,270 Mio. €...“

Dieser Betrag hätte sich durch Energieeinsparungen bei Eigenbau...weiter erhöht.“

Heudorf stört das nicht weiter. Die Revisoren hätten halt falsch gerechnet.

***O-Ton Frank Heudorf, Kämmerei Frankfurt/Main:
Das Revisionsamt ist an der Stelle nicht qualifiziert genug,
um uns zu widerlegen.***

Zum Dank wurde Frank Heudorf jetzt zum „PPP-Mann des Jahres“ gewählt – vom Bundesverband Public Private Partnership. Der vertritt auch die Firmen, die in Frankfurt das Bildungszentrum gebaut haben und der Stadt noch mehr solcher Partnerschaften bescherehen wollen.

***O-Ton. Werner Rügemer, Business Crime Control:
Der Staat wird hier nach privatwirtschaftlichen Praktiken umgestaltet und alles das, was wir mit dem Staat verbinden, die Vertretung des allgemeinen Interesses, die Transparenz demokratischer Entscheidungen, das wird hier ausgehebelt.***

Mülheim an der Ruhr. Hier baut und betreibt demnächst ein privater Investor das so genannte Medienhaus, eine Bibliothek. Kosten: Rund 14 Millionen Euro. Die hochverschuldete Stadt konnte sich das nicht leisten und mietet deshalb das Medienhaus für 25 Jahre. So drückt man sich um die Haushaltssperre.

***O-Ton Frank Steinfort, Stadtdirektor Mülheim a. d. Ruhr:
Der Unterschied ist, wenn wir einen Kredit aufnehmen, würde der auf die so genannte Nettoneuverschuldungslinie angerechnet, die bei uns eben bei 38 Millionen Euro liegt, während diese Raten haushaltsrechtlich darauf nicht angerechnet werden. Es ist also keine Geldvermehrung, sondern im Grunde die Möglichkeit, jetzt dringend notwendige Dinge in der Stadt zu tun, die wir sonst wegen dieser haushaltsrechtlichen Sperre nicht machen können.***

Mit anderen Worten, die Stadt macht zwar neue Schulden, aber die tauchen im Haushalt nicht auf.

***O-Ton Thomas Maibaum, Transparency International:
Öffentlich-private Partnerschaften sind natürlich auch eine Art Haushaltstrick, um etwas zu machen, was die derzeitige Kassenlage einer Kommune beispielsweise nicht zulässt. Man verlagert Kosten in die Zukunft, belastet dadurch natürlich auch künftige Generationen. Und die politischen Entscheidungsträger, die dann solche Projekte angeschoben haben, sind in aller Regel bei der langen Laufzeit solcher Projekte natürlich nach 10, 20, 30 Jahren nicht mehr im Amt.***

Die Stadt Mülheim hat ihre Zahlungen ein Vierteljahrhundert

garantiert, auch wenn irgendwann Baumängel oder Probleme beim Betrieb auftreten.

Ratsherr Lothar Reinhardt von der Mülheimer Bürgerinitiative wollte sich beschweren, aber keiner mag die Verantwortung übernehmen.

***O-Ton Lothar Reinhardt, Ratsherr Mülheim a. d. Ruhr:
Der Innenminister hat gesagt, ich bin nicht zuständig, macht der Regierungspräsident. Der Regierungspräsident hat dann nach einiger Zeit geantwortet und gesagt, ist im Endeffekt Sache der Gemeinde. Dann haben wir die Finanzbehörden - also Gemeindeprüfungsanstalt und den Landesrechnungshof - eingeschaltet. Der Landesrechnungshof hat dann nach einiger Zeit geantwortet und gesagt, wir teilen eure Bedenken, aber wendet euch an die Gemeindeprüfungsanstalt. Die Gemeindeprüfungsanstalt hat aber vorher schon gesagt, wir können da eigentlich gar nichts machen, wendet euch an den Landesrechnungshof.***

Lübeck. Die Mautstation des Herrentunnels. Privat gebaut, aber die öffentliche Hand schoss über 80 Millionen Euro Steuergelder zu. Der schöne Plan: 45.000 Fahrzeuge sollten hier jeden Tag durchfahren – gegen Mautgebühr. Doch viele Lübecker machen lieber einen Bogen um die teure Röhre.

***O-Ton Almut Duske, Rat der Stadt Lübeck:
Eigentlich sollte das eine schnurrende Kette von zahlenden Nutzern sein, das heißt, die Erwartung derjenigen, die sich ganz viel und noch ein gutes Geschäft davon versprochen hatten, die sind, haben sich nicht nur halbiert, sondern die verringern sich beständig. Das Ding droht vielleicht in die Pleite zu gehen.***

Wenn das passiert, droht eine Bauruine. Oder die Kommune müsste den Tunnel übernehmen, samt den Betriebskosten in Millionenhöhe. Alles zu Lasten der Bürger.

Abmoderation:

Schulen, Unis, Autobahnen: Deutschland hat einen Infrastruktur-Investitionsstau von mehreren Hundert Milliarden Euro. Die Verlockung zu weiteren PPP-Projekten ist dabei natürlich riesig.

Zur Beachtung: Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. Der vorliegende Abdruck ist nur zum privaten Gebrauch des Empfängers hergestellt. Jede andere Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Urheberberechtigten unzulässig und strafbar. Insbesondere darf er weder vervielfältigt, verarbeitet oder zu öffentlichen Wiedergaben benutzt werden. Die in den Beiträgen dargestellten Sachverhalte entsprechen dem Stand des jeweiligen Sendetermins